

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt Riesa,
Ferienstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 52,
Riesa.

Nr. 83.

Sonnabend, 9. April 1932, abends.

85. Jahrgang.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2,14 einchl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Börsen- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Woche für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen 50%, Aufschlag, feste Tarife, bewilligter Rabatt ertitelt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Notationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Postfach 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Losung: Hindenburg! Geht wählen! — Es kommt auf jede Stimme an!



**einen Bessern
findest du nicht**

Des deutschen Volkes Einstellung zu Hindenburg.

Von Dr. Scharnagel,
Oberbürgermeister in München.

Die Beurteilung einer politischen Angelegenheit wird sich stets verschieden gestalten, je nachdem diese Beurteilung mehr von Erwägungen der Vernunft oder von solchen des Gefühls beeinflusst ist. Es gibt wohl keinen Menschen, der die eine oder die andere Seite bei seinen Urteilen völlig ausschalten kann. Die Frage wird nur stets die sein, welches Moment entscheidenden Einfluß auszuüben vermag. Auch die Wahl des Präsidenten des Reiches wird unter den wechselnden Einflüssen von Vernunft und Gefühl vor sich gehen. Im Vager der vom Gefühl beeinflussten Wähler wirken die Schwierigkeiten unserer Zeit überall starkend auf diese Kräfte ein. Demgegenüber ist es schwieriger, den ruhigen Überlegungen der Vernunft die notwendige Geltung zu verschaffen. Politik kann aber nicht oder wenigstens nicht in maßgeblicher Weise auf Gefühlsbeeinflüsse aufgebaut werden; denn nur ruhige Vernunft wird die richtigen Wege finden lassen, durch eine klare und selbstbewusste Einstellung die im politischen Leben gestellten Aufgaben bewältigen zu können.

In erster Linie müssen wir uns vor Augen halten, daß das deutsche Volk gar nicht in der Lage ist, ganz nach seinen eigenen Wünschen und nach seinem Gutdünken seine wirtschaftliche und nationale Lage zu gestalten. Dem Ausland gegenüber mit Gefühlsbeeinflüssen und Gefühlsbeeinflüssen Erfolge erringen zu können, wäre eine Naivität, die zu verheerenden katastrophalen Schädigungen für Deutschland führen müßte. Gerade im Ausland ist die Person Hindenburgs einer der bedeutendsten Stützpunkte für das Vertrauen, das man dem deutschen Volke entgegen bringen zu können. Sämtliche Staaten der Welt, die für das Wirtschaftsleben sowie für die außerpolitischen Beziehungen Deutschlands maßgeblich sind, haben heute mit so

Ein Rückblick auf die Londoner Konferenz.

London. Von unterrichteter deutscher Seite wurde heute der Auffassung, daß die Londoner Viermächtekonferenz ein außerordentliches Mißgeschick sei, eingeschrieben. Eine derartige Sache könne nicht in einem Jahr zu Ende geführt werden. Man müsse erneut zusammenkommen und wahrscheinlich wiederholt tagen. Eine Lösung könne nur im Clappen erreicht werden. Von deutscher Seite wäre allerdings ein etwas hoffnungsvollerer und freundlicherer Ausgang gewünscht worden, der den Donauländern einige Aussicht auf eine baldige Regelung geboten hätte. Die Memoranden, die die vier Regierungen ausarbeiten sollen, werden sicherlich rechtlicher Natur sein; denn das Prinzipielle sei bereits gesagt worden. Die Memoranden werden dann ausgetauscht werden. Man dürfe aber nicht glauben, daß damit alle Probleme gelöst oder auch nur behandelt sind. Vielmehr müsse man damit rechnen, daß bei weiteren Diskussionen neue Probleme auftauchen. Die deutsche Delegation habe sich wiederholt gegen Vorschläge wenden müssen, die darauf hinauszielen, daß mit Deutschlands Beteiligung und mit auf deutsche Kosten Experimente mit ungewissem Ausgang unternommen würden, die erheblichen Schaden oder Opfer von Deutschland forderten. Nach der Billerkonferenz wird voranschreitend nicht zu einem vollständigen Ergebnis kommen können und wird die Anwesenheit auf einer späteren Sitzung wieder aufnehmen müssen.

Der Vorwurf, von deutscher Seite sei bei diesen Besprechungen nicht genügend der deutsche Plan verteidigt worden, sei unbegründet. Wenn eine Donaulösung kommen wird und wie sie aussehen werde, könne heute noch nicht gesagt werden. Die Frage, ob Bulgarien mit einbezogen werden soll oder nicht, bleibe vollkommen offen. Es bleibe abzuwarten, wie der Völkerbundsrat Bulgarien im Rahmen der Berichte des Finanzkomitees behandeln wird. In der Sitzung, die heute morgen stattfand, hat Flandria eine formulierte Erklärung abgegeben, in der behauptet wurde, die starke Haltung der Staaten, die nicht bereit sind, auf ihre Rechte der Selbstbestimmung zu verzichten, sei an dem Mißgeschick der Konferenz schuld. Von deutscher Seite wurde Flandria mit entsprechendem Nachdruck erwidert und ihm bedeutet, daß man eine solche Mißdeutung der Lage nicht hinnehmen könne.

Schlußfolgerungen der englischen Regierung aus der Viermächte-Konferenz.

London. In britischen Regierungskreisen vertritt man die Ansicht, daß es falsch wäre, den Ausgang der Viermächte-Donaulösung als einen Fehlschlag zu bezeichnen.

ernsten eigenen Schwierigkeiten zu tun, daß niemand erwarten kann, daß auch nur in einem einzigen dieser Staaten eine Bereitwilligkeit vorhanden sein würde, Deutschland wirtschaftliche oder politische Experimente zu gestatten, die alle auf Kosten der anderen Staaten gehen müßten.

Politische Experimente können aber auch vom Standpunkt unserer eigenen politischen und wirtschaftlichen Aufgaben aus in keinerlei Weise gutgehen werden. In Deutschland ist die Verteilung der Kräfte derart, daß keines der bestehenden gegensätzlichen Lager so schwach oder unbedeutend wäre, eine ausschließliche Politik eines der anderen Lager widerstandslos hinnehmen zu können. Das Bestreben, eine solche Politik durchzuführen zu wollen, würde daher zu den allerhöchsten Erschütterungen führen müssen, die die Not und das Elend, unter der unser Volk leidet, noch vervielfachen würden, ohne daß daraus irgendwelche Aussichten auf endgültige oder auf baldige Besserung entstehen könnten. Auch hier ist Vertrauen in die Führung des Volkes die unbedingte Voraussetzung für die Aufrechterhaltung von Verhältnissen, die, so schlecht und untragbar sie auch sind, doch die Erwartung rechtfertigen, daß ihre Überwindung auf der Grundlage einer geordneten Regierungsführung erreicht werden kann.

Das deutsche Volk hat sich stets ausgezeichnet durch den Umfang seiner allgemeinen Bildung und durch die dadurch bedingte Reife des Urteils. Der deutsche Bürger kann nicht auf eine Stufe gestellt werden mit den ungebildeten Krei-

Die Konferenz habe sich davon überzeugt, daß die Lage der Donauländer, besonders Österreichs und Ungarns, nicht nur schlecht sei, sondern von Tag zu Tag schlechter werde. Man habe beiden Staaten mit Anleihen und anderen Mitteln geholfen, aber diese Maßnahmen hätten nicht vermocht, die Staaten wieder auf eine feste Basis zu stellen. Die Konferenz sei sich über folgende Punkte klar geworden:

1. Die unterstützungsbedürftigen Regierungen sollen von den unterstützenden Regierungen beraten und geleitet werden.

2. Die unterstützungsbedürftigen Regierungen sollen unter sich zu einer Übereinkunft hinsichtlich ihrer gemeinsamen Art des Vorgehens gelangen, durch das die Hilfsmittel der unterstützenden Regierungen zu einem Erfolg geführt werden können.

Die englische Regierung beabsichtigt an sich einen Vorschlag im Donauraum, aber sie erkenne, daß sich diesem Plan ein unüberwindliches Schwierigkeiten entgegenstellen. Infolgedessen wird der Vorschlag einer Donaulösung auf Grund des gegenwärtigen Präferenzsystems gemacht. Dieser solle sich aber nur durchführen, wenn andere Staaten ihre Rechte auf die Selbstbestimmung aufgeben. Es ist vorgeschlagen worden, daß dieses zunächst noch einmal zeitweilig auf eine gewisse Zeitpause, vielleicht für ein bis zwei Jahre, aufgeschoben solle. Zwei Staaten (Frankreich und Italien) konnten hierauf keine endgültige Antwort geben. Die englische Regierung ist der Ansicht, daß sich bereits bei den Zusammenkünften in Genf Gelegenheit bieten wird, die einschlägigen Donaulösungen zwischen den Vertretern der vier Mächte zu besprechen. MacDonald wird sich aber nicht nach Genf begeben.

Frankreichs Schlüsse aus der Viermächte-Konferenz.

London. Die amtlichen französischen Kreise verhalten sich nach Beendigung der Donaulösungskonferenz zunächst abwartend. Es sei jedoch zu bedenken, daß die Durchführung der „uneigenmächtigen“ französischen Vorschläge durch den deutschen und italienischen Widerstand verzögert worden sei. Frankreich müsse darauf bestehen, daß das Donaulösungsproblem auf die sofortige finanzielle Hilfe für die Donauländer zu legen sei. Ferner bestohe Frankreich darauf, daß die Viermächte unbedingt auf ihre Selbstbestimmungsrechte verzichten müßten, bevor die Durchführung der Donaulösung für die Donauländer sicherzustellen sei. Es wird weiter erneut betont, daß sich Frankreich einer Konferenz-Konferenz, wie sie von Italien vorgeschlagen wurde, nicht anschließen würde.

ien der russischen Bevölkerung, auch nicht mit den hart vom Gefühl beherrschten italienischen Volkskreisen. Der deutsche Staatsbürger nimmt starken Anteil am Leben der Nation und er will an der Spitze derselben Persönlichkeiten stehen, die nach ihrer Lebenserfahrung wie auch ihrer Lebenserfahrung das Vertrauen verdienen, daß sie auf diese obersten Stellen berufen hat. Wer könnte unter Geltung vernunftgemäßer Überlegungen behaupten, daß Lebenserfahrung und Lebenserfahrung eines erfolgreichen Parteiführers in Vergleich gestellt werden dürften mit den weitreichenden Erfahrungen aus einem jahrzehntelangen Leben voll Pflichterfüllung und mit der vorbildlichen Lebensführung einer Persönlichkeit, die die allerhöchsten Tugenden des deutschen Mannes in sich vereint. Nur die Würde des deutschen Überlebens von Gefühlsbeeinflüssen könnten sich einen so vermeintlichen Verzicht erlauben.

So gesehen ergibt sich für das deutsche Volk in allen seinen Tellen und Berufsständen, daß die vernunftgemäße Würdigung der großen Bedeutung, die dem Vertrauen des Auslands zu Deutschlands Entwicklung und die dem Vertrauen der eigenen Volkskreise zu einer ruhigen, zielbewussten politischen Führung anzuerkennen ist, sich recht bedarf mit der Würdigung des Vertrauens, das man in die Person des jetzigen Reichspräsidenten von Hindenburg setzen darf, wenn er auch weiterhin als Führer der Nation und als der oberste Repräsentant derselben in Aussicht genommen werden soll.

Wählt alle Hindenburg!

Ein Jeder erfülle seine Pflicht.

